

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 17.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6432. Geschäftsinserte pro Spalte, Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, 20. August 1904.

Verlag:
A. Bahrborg, Hannover, Steintorstraße 6.
Verantwortlicher Redakteur:
August Drey, Hannover, Schillerstraße 5.
Druck von Dörnte & Söber, Hannover.

13. Jahrg.

Zum VII. Verbandstag.

In dem diesjährigen Verbandstage, der in Hamburg, bewillkommnet von den dortigen Kolleginnen und Kollegen, tagte, am Sonnabend um 1/6 Uhr geschlossen wurde, nahmen 71 Personen teil, und zwar 66 Delegierte, 1 Delegiertein, 8 Mitglieder des Vorstandes und der Vorsitzende des Ausschusses. Die vom Vorstande festgesetzte provisorische Tagesordnung wurde in der Eröffnungs-Sitzung genehmigt. Diese nahm außerdem noch die Wahl des Bureaus und der Mandatsprüfungskommission vor. Von den Protesten, welche gegen die Wahlen von Delegierten vorlagen, fand der eine dadurch seine Erledigung, daß der gewählte Vertreter auf die Ausübung des Mandats verzichtete. Es war dies der Vertreter für den 1. Wahlkreis. Im anderen Falle mußte die Kommission dem Verbandstage empfehlen, entsprechend dem vorliegenden Protest zu beschließen, weil der beliebte Wahlmodus nach unserem Statut nicht zulässig ist. Es wurde nämlich vom Vormittag bis zum späten Nachmittag hinein unter fortgesetztem Kommen und Gehen der Mitglieder gewählt.

Der Verbandstag entschied, daß der Kollege Schreiner aus Ludwigshafen für den 38. Wahlkreis und der Kollege Nische aus Hannover für den 1. Wahlkreis als Vertreter telegraphisch zu berufen seien.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Bericht-erstattung des Vorstandes und Ausschusses, fanden all die Beschwerden und Klagen gegen den Vorstand Ausdruck, die sich im Verlaufe von 2 Jahren naturgemäß ansammeln. Einige davon waren allerdings so wenig wichtig, daß man sie vor das Forum des Verbandstages nicht hätte zu bringen brauchen. Der Verbandstag beschloß anschließend an diesen Beratungsgegenstand, daß Agitationsmaterial herausgegeben werden soll, dessen Inhalt die Lage der verschiedenen Branchen berücksichtigt, die bei unserer Organisation zuständig sind; außerdem soll vom Vorstande ein Taschenkalender herausgegeben werden, der in Form dem Arbeiter-Notizkalender angepaßt ist, der Inhalt soll Lehr- und Agitationsmaterial für unsere Kollegen enthalten. Dem Vorstande wurde Entlastung erteilt. Anschließend erklärte der Verbandstag sich durch Annahme einer Resolution sehr scharf gegen die von den preussischen Junkern angestrebte Versklavung der ländlichen Arbeiter.

Unter den Beratungspunkten, die dem Verbandstag vorgelegen, erregte die Einführung der Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung jedenfalls das größte Interesse. Der Verbandstag hatte für diesen Punkt eine ausgiebige Redezeit, 20 Minuten für jeden Redner, vorgesehen. Fast alle Verbandstagsteilnehmer haben sich auch zu dem Gegenstand geäußert. Es ist eine neungliedrige Kommission gewählt worden, wobei alle zum Austrage gebrachten Meinungen Berücksichtigung erfuhren. Die Kommission empfiehlt die Gewährung einer **Erwerbslosenunterstützung**.

Diese Unterstützung wird sowohl im Falle der Krankheit als auch der Arbeitslosigkeit gewährt, aber nur einmal. Wer also nach vollzogener Karenzzeit Arbeitslosenunterstützung erhalten, kann vor Ablauf des Jahres Unterstützung im Krankheitsfalle nicht beziehen; wer letztere erhalten, kann in dem gleichen Jahre Arbeitslosenunterstützung nicht bekommen.

Die Erwerbslosenunterstützung tritt am 1. Oktober 1905 in Kraft bei einer Beitragsleistung von 30 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder. Von den Wochenbeiträgen verbleiben 20 Prozent den Zahlstellen. Die erhöhten Beiträge werden vom 1. Oktober 1904 erhoben.

Die Erwerbslosenunterstützung gelangt von der zweiten Woche der Erwerbslosigkeit an gerechnet für 24 Tage im ersten Jahr der Bezugsberechtigung, für 42 Tage in 52 aufeinanderfolgenden Wochen für die nächsten Jahre zur Auszahlung und beträgt bei einer Mitgliedschaft

von	für männliche Mitglieder
52 Wochen	1.- M. pro Tag, 6.- M. pro Woche
104	1,10
156	1,20
208	1,30
260	1,40
312	1,50

von	für weibliche Mitglieder
52 Wochen	0,50 M. pro Tag, 3.- M. pro Woche
104	0,55
156	0,60
208	0,65
260	0,70
312	0,75

Die Gesamtsumme der in 52 aufeinanderfolgenden Wochen zu gewährenden Erwerbslosenunterstützung darf jedoch nach einer Mitgliedschaft

von	für männl. Mitglieder	für weibl. Mitglieder
52 Wochen	24.- M.	12.- M.
104	46,20	23,10
156	50,40	25,20
208	54,60	27,30
260	58,80	29,40
312	63,-	31,50

nicht übersteigen. Hat ein Mitglied während einer Erwerbslosigkeit für im Höchtfalle 24 bezw. 42 Tage die volle Erwerbslosenunterstützung erhalten, so kann es erst wieder nach 52 Wochen, vom Tage der ersten Auszahlung an gerechnet, Unterstützung erhalten, wenn es während dieser Zeit dem Verbands ununterbrochen angehört und wiederum 52 Wochenbeiträge entrichtet hat. Unterstützungszeiten unter 24 bezw. 42 Tagen werden auf die Karenzzeit von 52 Wochen in Anrechnung gebracht.

Für auf der Reise befindliche Mitglieder wird an den vom Vorstand bestimmten Zahlorten eine Reiseunterstützung von 1 M. pro Tag gewährt, in der Gesamthöhe und nach den Grundsätzen der Erwerbslosenunterstützung.

Die Ausarbeitung der Regulative zum Bezuge der Unterstützungen wird dem Vorstand und dem Ausschuss überwiesen.

Die Kommission empfiehlt dem Verbandstage, die Entscheidung über die Erwerbslosenunterstützung selbst zu treffen.

Die Abstimmung war eine namentliche. Es stimmten 65 Verbandstagsteilnehmer mit Ja, und 6 mit Nein. Mit überwältigender Mehrheit ist der Unterstützungsweig beschlossen worden. Diese Beschlusfassung wird freudige Zustimmung bei der gesamten Kollegenchaft erwecken, hat doch der Verbandstag damit die gehegten Erwartungen weit übertraffen.

Der Verbandstag gab der vom Vorstand vorgelegten Gaueinteilung seine Zustimmung. Wir erhalten nunmehr 10 bezoldete Gaubeamte, die sich mit ihrer ganzen Person dem Verbands und der Agitation zu widmen haben.

Die Statutenberatung brachte einige Änderungen. So wurden die Kollegen, welche zu einer militärischen Übung eingezogen werden, für die Dauer der Übung von den Beiträgen befreit. Die Zahlung des Sterbegeldes regelt sich in Zukunft in folgender Weise. Es werden gewährt: bei einer Leistung von 104 Wochenbeiträgen 20 M., bei 156 Wochenbeiträgen 30 M., bei 208 Wochenbeiträgen 40 M. und bei 260 Wochenbeiträgen 50 M. Sterbegeld. Beim Streikreglement ist die für Kinder zu gewährende Unterstützung auf 1 M. erhöht worden. Bei vom Vorstande genehmigten Streiks kann der Vorstand vom ersten Tage an Streikunterstützung bezahlen, das soll besonders dann geschehen, wenn andere Organisationen, die vom ersten Tage an Streikunterstützung bezahlen, beim Streik beteiligt sind. Eine andere Vornahme und Regelung der Delegiertenwahlen ist dem Vorstande aufgegeben.

Unter Punkt 6 der Tagesordnung kam es zu einer ausgedehnten Aussprache über die Differenzen mit anderen Organisationen. Vom Bauarbeiterverband nahm der Vorsitzende dieser Organisation teil. Vom Verband der Handels- und Transportarbeiter waren die Genossen Schulski und Gimpel bei den Auseinandersetzungen zugegen. Die Ausführungen und Beschlüsse können wir auch nicht einmal flüchtig wiedergeben wegen des Umfangs, wir müssen die Kollegen auf das Protokoll verweisen, das zum Selbstkostenpreis abgegeben wird.

Die bisherigen Vorstandsmmitglieder und der Vorsitzende des Ausschusses wurden wiedergewählt. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hannover. Der nächste Verbandstag wird in Leipzig abgehalten.

Der Verbandstag hat fleißig gearbeitet. Seine Beschlüsse sind bedeutsam für unsere Organisation. Mit der Erwerbslosen-Unterstützung ist ein Unterstützungsweig eingeführt, der in ganz hervorragendem Maße geeignet ist, die Interessen der Mitglieder zu wahren, gewonnene Mitglieder an den Verband zu

fesseln, und der geeignet ist, werdend für die Organisation zu wirken. Es ist nunmehr Sache unserer Verbandsgenossen, in den vor uns liegenden zwei Jahren unermüdet für den Verband zu wirken, zu werben, dann werden wir einen großen Schritt vorwärts, unserem Ziele entgegen, tun können. Hoch unsere Organisation!

Sechster internationaler Sozialistenkongress.

Seit Sonntag, den 14. August, morgens 10 Uhr, tagt in Amsterdam im „Concertgebouw“ der internationale Sozialistenkongress.

Es nehmen bereits über 450 Vertreter an den Verhandlungen teil, weitere Delegierte werden noch erwartet.

Unter dem Wahrspruch: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!, der in Kolossalbuchstaben auf einer großen Tafel im Hintergrunde des Podiums die einzige Inschrift des Saales bildet, haben sich fast alle namhaften Vertreter des internationalen Sozialismus in Amsterdam eingefunden. Die deutsche Delegation ist besonders zahlreich, sie nimmt drei lange Tafeln ein. Hebel, Kautsky, Mollenhuth, Frohme, K. Fischer, E. Bernstein, Frau Biez und viele andere bekannte Persönlichkeiten gehören ihr an. Aus Oesterreich sind Viktor Adler und Bernerstorfer eingetroffen; die österreichischen Polen sind durch den Abg. Daszynski, die Tschechen durch Klemec vertreten. Aus England sind Gymbman, Quail, Ben Tillet, Belford Fox gekommen, aus Frankreich außer Jaurès und Guesde Bouillant, Brade, Briard, Cipriani, Rouanet gekommen. Aus Belgien sind Vanderveelde und Ansele, aus Rußland außer Plechanoff Leo Deutich, Wera Sassulitsch da. Die italienische Delegation ist klein; sie besteht aus den Abgg. Ferri und Cabrini und dem Genossen Rosetta. Weiterhin sind Vertreter des argentinischen, australischen, bulgarischen, dänischen, ungarischen, japanischen, finnlandischen, amerikanischen, luxemburgischen, norwegischen, schwedischen, schweizerischen und serbischen Sozialismus anwesend.

Auf der Tagesordnung stehen die Berichte des internationalen Sekretariats und der Nationen, ferner die Punkte: 1. Internationale Regeln der sozialistischen Politik, die Politik der Partei. (Sozialdemokratische Partei Frankreichs.) 2. Kolonialpolitik. (England und Holland.) 3. Auswanderung und Einwanderung. (Argentinien.) 4. Generalstreik. (Holland und französischer Revolutionär-Sozialisten.) 5. Sozialpolitik; Achtundtag. (Deutschland, Dänemark.) 6. Trübs und Arbeitslosigkeit. (Vereinigte Staaten.) 7. Geschäftliches und Anträge.

Der als Punkt 4 behandelte Generalstreik hatte bislang nur unter den romanischen Völkern Freunde und Befürworter. Neuerdings hat er auch in Deutschland und zwar in Dr. Friedeberg aus Berlin einen theoretischen Vertreter gefunden. Die Vorgesprächen, die man bislang mit dem Generalstreik als politisches Kampfmittel an Stelle des Wahlrechts gemacht, zeigen nicht zur Nachahmung. In der Begründungsrede, die der holländische Abgeordnete Troelstra an den Kongress gehalten hat, findet der Generalstreik die schärfste Beurteilung:

Wir haben das Proletariat Hollands für die internationale Idee gewonnen. Deshalb betrachten wir diese Tagung des internationalen Kongresses als die Krönung unseres Wertes. (Bravo!) Wir wissen, daß wir hier in Holland erst die Grundlage für den politischen Kampf geschaffen haben, aber daß sie ungenügend ist, haben wir im vorigen Jahre erprobt, wo wir in Verteidigung der kümmerlichen Arbeiterrechte zum äußersten Mittel der Notwehr, dem politischen Streik, haben greifen müssen. Hätten wir ein geschultes Proletariat und das soziale politische Kampfmittel, das allgemeine Wahlrecht, wäre es wohl nicht zu diesem Ausbruch der Verzweiflung gekommen. Noch bluten die Wunden, welche dabei dem organisierten Proletariat geschlagen worden sind. Die ganze Gewerkschaft der Eisenbahner ist vernichtet, viele Organisationen dezimiert. Hunger, Schrecken, Verzweiflung, Wahnsinn und Selbstmord hat diese „christliche“ Regierung durch die Entlassung von 5000 Arbeitern verursacht (Bewegung), die nichts anderes getan haben, als die dürftigen Volksrechte verteidigen. Dieser rohe Mord einer Regierung, die sich christlich zu nennen mag, soll von dieser internationalen Tagung aus als gemeine Niederträchtigkeit gebrandmarkt werden. (Stürmischer Beifall.) Aber die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands ist aus dieser Feuerprobe unversehrt hervorgegangen, nur gehärtet, härter wie Stahl und Eisen geschmiedet. Noch immer lacht diese „christliche“ Regierung alle bürgerlichen Kapitalisten und Angewiesenen um ihre staatsretterische Fahne zu sammeln, aber sie hat unsere Kraft nicht verringern können. Ebensoviele wie die anarchische Demagogie, welche durch die lächerliche und von einem durch sie selbst ernannten Arbeitergericht für grundlos erklärte Anklage des Verrats unsere Partei für die erlittenen Niederlage verantwortlich machen wollte. Sie alle haben den politischen Einfluß unserer Partei auch nicht um Haarsbreite verringern können. Und hiermit wünscht Ihnen die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands zu der ersten, großen Arbeit einen lebhaften, gründlichen, unerschrockenen, aber dem Geist der Brüderlichkeit besetzten Meinungskampf. Die internationale der Arbeit, die kriegerische Macht der organisierten Volksmasse, sie lebe dreifach hoch!

Die Erfahrungen, die in Belgien mit dem Generalstreik gemacht worden, sind nicht besser. Als politisches Kampfmittel erscheint er ungeeignet. Zur Förderung wirtschaftlicher Kämpfe ist er unpraktisch, es wäre ein Gewinn, wenn die Amsterdamer Beratungen dahin führten, daß der Generalstreik von der Tagesordnung künftiger Kongresse verschwände.

Kämpf für Verkürzung der Arbeitszeit!

Daß die Arbeitszeit noch immer ungebührlich lang ist, das lehren uns deutlich die Angaben, die die Gewerbe-Inspektoren über die regelmäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit auch wieder in ihren Berichten über ihre Geschäftstätigkeit im Jahre 1903 machen. Von überallher melden sie, daß die tägliche Arbeitszeit in den weitaus meisten Betrieben immer noch über zehn Stunden, häufig sogar noch über elf Stunden hinausgeht. Daß dabei auch wieder von einzelnen Fällen brutaler Schanderei zu berichten war, versteht sich von selbst; was soll man dazu sagen, daß der Besitzer einer Malmühle im Bezirke Minden seinen Gehülfen zwang, 38 Stunden ununterbrochen im Betriebe tätig zu sein? Oder daß in einem Hammerwerke im Bezirke Wiesbaden eine regelmäßige tägliche Arbeitszeit von 13 Stunden, von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, mit 2 Stunden Pausen, „entdeckt“ wurde? Einen solchen Raubbau mit seinen Kräften unterwirft sich auch der flugsamste und zur Hundemut erzogene Proletarier nur, wenn er sich zu jedem Widerstand und Widerspruch zu schwach fühlt. Um das bishige Leben zu fristen, läßt er sich in äußerster Not das Leben zerstören. Hier kann eben nur der starke Arm der Gesetzgebung Abhilfe schaffen, nur eine allgemeine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit aller Lohnarbeiter Besserung gewährleisten.

Aber noch aus einem anderen Grunde ist diese notwendig; deshalb nämlich, weil die glücklich durchgedrückten Ausnahmen von der unbeschränkten Ausbeutungsmöglichkeit der Arbeitskraft von gewissenlosen Unternehmern beständig illusorisch gemacht werden. Der Schutz der Arbeiter in Bädereien, in den Steinbrüchen, in gesundheitsgefährlichen Betrieben aller Art steht tatsächlich nur auf dem Papier. Das beweist uns der überaus zahme und ganz selbstverständliche höchst unvollständige Bericht der Gewerbe-Inspektoren jenseitlich. Die Mängel der Kontrolle werden offen angegeben; an mehreren Stellen trifft man auf Bekanntnisse, wie das folgende aus dem Bezirke Breslau: „Die Revisionen der Bädereien und Gastwirtschaften, die bei der zur Verfügung stehenden Zahl von Aufsichtsbeamten leider nicht in dem wünschenswerten Umfang haben vorgenommen werden können, haben meist wiederum das zufriedenstellende Resultat gehabt.“ Und doch — welche Schandlichkeiten werden aufgedeckt! An den Pranger stellen wir die — leider nicht mit Namen angeführte — Stadtverwaltung im Bezirke Minden, der erst von der Gewerbe-Inspektion nur mit großer Mühe die Sonntagsruhe der beiden städtischen Badewärter abgetrotzt werden konnte! An den Pranger auch verdienstlos die Stadtverwaltung von Glatz, bei der die Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe im städtischen Elektrizitätswerke vom Gewerbe-Inspektor durch Androhung des Strafverfahrens erzwingen werden mußte. Wenn es so am grünen Holze einer Behörde aussieht, was soll man dann am dürren des Unternehmertums erwarten.

Im Bezirke Braunschweig besteht in den größeren Sägewerken noch eine barbarisch lange Arbeitszeit: von früh 6 Uhr bis abends 8 Uhr „und noch länger“ müssen die Arbeiter dort schuften. Aus dem Berichte erfahren wir aber überdies, daß ein besonders rufführender Sägewerksbesitzer dazu noch die Mittagspause verkürzen wollte. Daß die Kapitalisten, wenn es gilt, den Profit zu vergrößern, auf die dem Volke bekanntlich zu erhaltende Religion und ihre Gebräuche pfeifen, ist keine neue Erfahrung; bestätigt wird sie durch die Entdeckung des Braunschweiger Gewerbebeamten, daß in einer bedeutenden Lederfabrik mehr als die Hälfte der Arbeiter am Fuhrwege zur Arbeit gezogen wurden.

Man sollte gar nicht glauben, daß reich das Verzeichnis der „Fristen“ der Unternehmer ist, wenn es gilt, den Arbeiterschlag-Vorschriften ein Schnippchen zu schlagen! Ein Gesetz kann noch so klar abgefaßt sein — es finden sich immer wieder Kapitalisten, die ihren Willen an Auslegungsmöglichkeiten üben. Im Regierungsbezirk Breslau „irrt“ sich sogar ein königlich preussischer Amtsvorsteher, der geradebei einem Steinbruch ausbricht, über den Sinn der Schutzvorschriften vom 20. März 1902 so, daß er „glaubte“, die zehnstündige Arbeitszeit nach dem Jahresdurchschnitt festsetzen zu können, wonach sich für den Einzeltag dann doch wieder eine elfstündige „oder gar höhere“ Arbeitszeit ergab. Auch in den fürstlich plebschen Steinbrüchen stehen die Aufsichtsbeamten auf ähnliche „Fristen“. Ein wahres Glück, daß die Arbeiter selbst besser zu lesen verstehen und wie aus demselben Berichte hervorgeht, durch ihrer Organisation die Fristen der Unternehmer zu forcieren sich erlaubten.

Im Bezirke Oppeln ließ ein Unternehmer, der eine „widerrechtliche“ betreibt, die Arbeiter wochenlang Sonntags und Feiertags, sogar zu Weihnachten, ungesetzlich in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends beim Kopfen arbeiten. Preussische Richter haben dann diesen Fall schmerzlicher Ausbeutung mit je — zehn M. Strafe für die beiden verantwortlichen Betriebsleiter für ausreichend geahndet. Er bedeutet in diesem Zusammenhang, wir wir ausdrücklich bemerken wollen, daß, nicht Monate. Es gilt noch mehr Richter in Preußen.

Auf die Innehaltung der Sonntagsruhe legen die Arbeiter begründeterweise besonderen Wert; das wird auch in einigen Berichten besonders hervorgehoben, z. B. in dem aus Wiesbaden. Aber es hapert demnach vielfach: aus den wichtigsten Gründen werden die Pro-

letarier um den freien Sonntag betrogen, so geschah es z. B. in einer Automobilfabrik in Wiesbaden, damit einige Autos zu einer Ausstellung fertig gemacht werden konnten. Der Fabrikant hatte sich gar nicht um eine Erlaubnis bemüht, sondern erklärte, er werde die Strafe gern zahlen, die ihm drohende Konventionalstrafe bei nicht rechtzeitiger Lieferung sei ohnehin viel höher!!

Eine Sorte von Unternehmern aus dem Bezirke Köln, die der Tonröhren-Fabrikanten, sollen noch mit auf das Sündenregister, die die elfstündige Arbeitszeit für kurzen ablehnten, obgleich die Lager voll sind, der Absatz strotzt und andere Röhrenfabrikanten in der Nähe von Köln schon seit Jahren nur die zehnstündige, jetzt zum Teil sogar noch kürzere Arbeitszeit haben. Hier haben wir die „patriarchalischen“ Unternehmer in Reinkultur vor uns. Dies sind in der Tat die rechten! Sie arbeiten lieber mit Schanden, als daß sie durch eine — auch für sie profitable — Verkürzung der Arbeitszeit in ihren Lohnklaven das Gefühl aufkommen lassen, sie seien doch sozusagen auch Menschen.

Unsere Kollegen in Köln werden jedenfalls dafür sorgen, daß in den in diesen Betrieben beschäftigten Kollegen das Gefühl für ihre Menschenwürde wachgerufen wird. Dann kann auch dem Unternehmer eine höhere Bewertung der Arbeitskraft, des Lebens und der Gesundheit seiner Arbeiter beigebracht werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Allgemeines. — Die neueste preussische Bergwerksverfassung. — Erste Erwartungen. — Ende der Baumwollnot?

Die gewohnte sommerliche Ferienstille und Abspannung ist mit einem Male einer lebhaften nervösen Erregung gewichen. Trotz Hundstagsglut und stauer Kohlenabfahse begann Mitte Juli an der Berliner Börse ein zunächst kühlhaftes Geschäftsspiel in Kohlenaktien. Die Reihe des russischen Ministerpräsidenten Witte zum deutschen Reichstagler nach Nordbrunn führte am 23. Juni in Berlin zur Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrags, des grundlegenden Abkommens für die Neuordnung der Handelsbeziehungen zwischen den kontinentalen Staaten Europas — unter Umständen sogar grundlegend für das weitere Verhalten Deutschlands und der ihm nachbarnenden Länder zur Wirtschaftspolitik Englands und Amerikas. Da in Zusammenhang damit wieder der alte Plan einer großen russischen Anleihe in Deutschland greifbarere Gestalt gewann, so läßt sich das Interesse der Geschäftswelt an diesen Vorgängen begreifen.

Dazu kamen, infolge der abnormen Trockenheit in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, überhaupt fast auf dem ganzen Kontinent, die Sorgen um den Ernte-Ertrag, in erster Linie der Getreide, vor allem der Kartoffeln. Der englische Wetterumschlag brachte wohl günstigerer Erwartungen, aber durchaus keine volle Klarheit über die tatsächlichen und wirtschaftlichen Ernte-Ergebnisse; auch hier ist der Spekulation ein großer Spielraum eröffnet worden und geblieben. Dazu die trübseligen Zustände in der Winternavigation, mit den immer empfindlicher hervorbrechenden Rückschlägen auf zahlreichere, Uferlande und verbrauchende Produktionszweige! Dazwischen noch einige kleinere Sensationen, wie kurz vor Mitte des Monats die Aufdeckung umfassender Bilanzfälschungen und einer Unterbilanz von 1,2 Millionen Mark bei der Bochener Bergwerks-Gesellschaft u. a., später die Handelsreise russischer Kreuzer gegen englische und heimische Schiffe, der Tod Plehwe, des Polizeiministers, das alles war hinreichend, aus der größten Schlaftrugheit aufzuwachen.

Die Ursache für den langwierigen wässrigen Interessentkampf auf dem Kohlenmarkt wurde am 22. Juli durch den offiziellen Telegramm bekannt gegeben. Noch in später Nachtstunde wurde folgendes Communiqué verbreitet: „Wie authentisch mitgeteilt wird, beabsichtigt die Staatsregierung der Bergwerksgesellschaft „Hibernia“ zu Gerne ein Angebot für die Abtretung ihres Unternehmens gegen eine Rente von 8 Prozent in Prozentigen Rente zu machen. Das Angebot bezieht sich auf das gegenwärtige Aktienkapital von 5 1/2 Millionen Mark. Das Angebot wird in der nächsten Nummer des „Reichsanzeiger“ erscheinen. Weitere Verhandlungen von Bergwerken sind nicht in Aussicht genommen.“

Die Aktienbesitzer sollen also auch in diesem Falle, wie gewöhnlich, mit einer geradezu glänzenden zu neunenden Entschädigung bedacht werden. In Kapital unzurechnend, bezieht sich das Regierungsverbot auf 245 bis 246 Prozent. Das in der Rede Kapital von 5 1/2 Millionen Mark würde sich also für den Staat umfassen in eine Gesamtabschlagssumme von rund 127 Millionen Mark, eines Konkurses von 30 zur Seite zu kommen; andererseits hätte der Staat noch für die Anteile der Bergwerksgesellschaft (ungefähr 15 1/2 Mill. Mk.) einzutreten. Hibernia-Aktien fanden Ende Juni auf 206,20, am 10. Juli auf 210, am 23. Juli auf 218,75, am 27. Juli auf 221,50, die demnach folgenden Tage auf 231,25 und 242,75. Der demnach keine Aktien vor Anfang Juli erworben und bis jetzt behalten hat, kann sich einer baren Verzinsung von etwa 40 Prozent freuen, was am 27. Juli lauffe, was immer ein Plus von 20 bis 25 Prozent. Ungeachtet, was sich schon durch die ersten Kurssteigerungen zu Berlin zu vernehmen ließ, hat sich unangenehme Weise den beiden „Mehrwert“ entgegen lassen und ihn mit einem Nachfolger oder auch mehreren Nachfolgern in seinem Besitze geliebt. Aber an dem Gesamtverhältnis zwischen dem letzten Ankauf, dem Staat, und dem anfangs gegebenen Wertstand der Aktien ändert dieses Gleiten des Aktienbesitzes durch verschiedene Zwischengänge nicht das geringste — so wenig, wie eine ein Grundstück für den Käufer und den Verkäufer zum Kauf darüber billiger wird, daß nicht der erste Käufer die ganze Preissteigerung vom Anfang bis zu Ende einträgt, sondern er sowohl wie jeder seiner Besitznachfolger mit einem Teile des Kaufes aus dem Gesamtanfallsprojekte ausschleibt. Die Aktionäre, die nicht noch genug die ersten Kurssteigerungen mitnehmen konnten, weil bei den sich wiederholenden Schwächen ein rascher Rückgang nicht unendlich schien, rümpelten heute natürlich widerlich gegen die Regierung, die nicht schon damals ihre wahren Absichten und ihr letztes, höchstes Preisangebot sagte. Für den Steuerzahler ist dieser hiesige Streit unter den verschiedenen Beteiligten nur deshalb recht gleichgültig, für ihn bleibt die Fülle des hohen Uebereinstimmendes gleich bitter.

Über die zunehmende Stellung des preussischen Staates im internationalen Geschäftswesen unternehmen wir der „Börsen-Ztg.“ die folgenden Angaben: „Der bisherige statistische Gesamtbezug von Kohlen aus dem Ausland betrug im letzten Jahre 10,5 Millionen Tonne, wovon 7,5 Millionen Tonne aus dem Ausland und 3 Millionen Tonne aus dem Inlande. Die Kohlen aus dem Ausland betragen 7,5 Millionen Tonne, die Kohlen aus dem Inlande 3 Millionen Tonne.“

General Blumenthal“ und „Reichsanzeiger“ von einander getrennt waren. Durch den Erwerb der Bergwerksgesellschaft „Hibernia“ ründet also der Staat seinen Grundbesitz (südlich der Lippe zu einem einheitlichen Ganzen ab. Die Erwerbungen des Staates laut Gesetz vom 21. März 1902 betrafen, wie schließlich noch erinnert sei, den Erwerb 1. von den Kreisen Heddinghausen und Bödinghausen: belegen, von den Erben Rohwinkel angebotenen Steinlohlenfeldern; 2. des Steinlohlenbergwerks „Ballrop“ bei Ballrop; 3. der königlichen Kupfer der Gewerkschaften „Bereinigter Gladbach“, „Bergmannsglad“, „Gute Hoffnung“ und „Berlin“; 4. des der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ zu Gumbens gehörigen Steinlohlenfeldes „Botsdam“, sowie der Rechtsansprüche dieser Gewerkschaft an zwei, zwischen den Feldern „Botsdam“ und „Berlin“ belegenden Grubenfeldern. — Die Beteiligung der Bergwerksgesellschaft „Hibernia“ beim Kohlenanbau beträgt einschließlich der Aktien von „General Blumenthal“ und „Witaben“ 5 417 000 Lo. Kohle, 546 000 Lo. Holz und 27 000 Lo. Breilits; der Höhe ihrer Ueberlässe nach steht die „Hibernia“-Bergwerksgesellschaft an dritter Stelle, nämlich folgende hinter der Gelsenkirchener und der Harpener Bergwerksgesellschaft.“

Am 29. Juli veröffentlichte dann der „Reichsanzeiger“ und die Berliner Korrespondenz“ näheres über die Einzelheiten und die Motive der Verstaatlichungsaktion. Wenn man noch etwas zwischen die diplomatisch abgefaßten Zeilen hineinlesen darf, so würde der Standpunkt der preussischen Regierung etwa der folgende sein: Schon als Kohlenkonkurrenz muß Preußen eine gewisse Unabhängigkeit von der Preisbildung eines Syndikats erstreben. Ferner darf man aus allgemeinen kapitalistischen Gründen die Syndikatsbündnisse, gerade auf dem Gebiet der Brennstoffversorgung für alle Industrien, nicht in den Himmel wachsen lassen. Ein Kampf gegen das Syndikat empfiehlt sich jedoch nicht, obwohl die Inangriffnahme und Aufschließung der erworbenen Kohlenfelder diese Möglichkeit offen halten würde; vielmehr ist ein höherer Grad im Syndikat zu erstreben. Weitere Entwürfe von Bergwerksgesellschaften plant die Regierung nach der offiziellen Rundgebung nicht — doch auf diese Auslosung wird man den geringsten Wert legen lassen, denn jede andere Haltung würde durch spekulative Preissteigerungen die Aktion der Regierung ja nur erschweren. Biel wäre es somit nicht, was die Regierung erstrebt, während man noch vor Monaten, besonders bei der Kapitalvermehrung der Gesellschaft, von der Verwirklichung eines großen Riquelischen Verstaatlichungsgebekens munkeln hören konnte. Wir enthalten uns heute jedes weiteren Urteils darüber, da man schon in ein paar Wochen in der Lage sein wird, vieles klarer zu übersehen. Um einen bedeutsamen wirtschaftlichen Schritt handelt es sich zweifellos.

Der Eintritt von Regen hat die schlimmsten Befürchtungen für die Landwirtschaft wieder zerstreut. Immerhin spricht vieles für ein beginnendes Jahr höherer Kornpreise. Ungarn hat zweifellos einen starken Ernteausfall, so daß die Donauländer, die selber nicht glänzend dastehen, für die Versorgung der habsburgischen Doppelmonarchie stark in Anspruch genommen sind. Selbst von Deutschland aus denkt man in nächster Nähe an Zufuhren nach Oesterreich. Für Frankreich, das sonst ungeführt soviel produzierte, wie es selber braucht, lauten aus dem Süden, jedoch auch schon aus dem Norden, die Schätzungen wenig erbaulich. Haben nun die eigentlichen Zufuhrstaaten für Europa entsprechend mehr zur Verfügung? Die russische Regierung dementiert zwar alle Hoheitsposten über Lieferungen, aber wer glaubt dieser Regierung ein Wort? In Amerika allerdings spricht man von besseren Ergebnissen, als die früheren Berichte über den Schaden durch Ueberdüngungen wahrscheinlich machten. Ein Lichtblick ist allerdings, daß der englische Weizenpreis zuletzt eher zurückging — was bei starken Befürchtungen des Handels betreffs der Weltweite aus geschlossen wäre. Die Berliner Septembervoten hielt sich bisher auf mittlerer Höhe, in voriger Woche für Weizen auf rund 172 Mk., für Roggen 139 Mk. (Jahresdurchschnitt 1903: 161,18 und 132,31 Mk. — 1902: 163,1 und 144,2 Mk.).

Dagegen scheinen die Textilindustrien, wenn sie den einen Monat bis zum Beginn der neuen amerikanischen Baumwollenernte ohne zu starken Kampf um die geringen Weltmarkte überstanden haben werden, auf günstigere Zufuhrverhältnisse rechnen zu können. In den Vereinigten Staaten sind diesmal 31,75 Millionen Acres mit Baumwolle bepflanzt gegen 29,9 Millionen Acres im Vorjahre; die Ernte wird auf 100.000 Ballen geschätzt, also 2 Millionen höher als vor einem Jahre. In England und in Amerika selber steigt die Textilindustrie nachmals durch Betriebsbeschränkungen über die letzten Wochen der alten Saison leichter hinwegzukommen. Die Baumwollspekulation hat sich deshalb bereits zu Preisreduktionen bequemen müssen (Liverpool in der Woche vom 23. bis 29. Juli 5,85—5,86 Pence — Höchstpreis am 2. Februar 8,96 Pence, selbst noch Mitte März, beim Zusammenbruch Sullys, noch immer etwa 7 1/2 Pence). Berlin, 31. Juli 1904.

Max Schippel.

Ein Landarbeiterbrief

wurde der „Gülle“ anlässlich der Verhandlungen über das preussische Kontraktbruchgesetz übermittelte. Er stammt von einem Landarbeiter aus Braunschweig a. d. Warthe, der bereits lange Jahre mit einem Trapp seiner Banknote auf Landarbeit ausgeht und die Arbeitsverhältnisse in vielen Teilen Deutschlands kennen gelernt hat. Es kommt nicht oft vor, daß sich Landarbeiter über ihre Verhältnisse schriftlich äußern. Um so wichtiger sind die folgenden Schilderungen eines zuverlässigen Mannes:

Im Frühjahr, woselbst die Schnitter größtenteils beim Aibebau verwendet werden, beginnt die Arbeitszeit, das heißt im Aiford, in der Regel von morgens 4 Uhr und endet abends zwischen 8 und 9 Uhr, davon geht ab 1 Stunde zu Mittag und je 1/2 Stunde zu Frühstück und Besper. In der Getreidernte, besonders in den beiden Grobherzogtümern Mecklenburg, ist beim Einfahren des Getreides am schlauesten, wenn es das Wetter erlaubt, dann ist selten vor 9 Uhr abends am Feierabend zu denken, denn solches passiert gar nicht selten, daß es auch 10, ja sogar 11 und 11 1/2 Uhr abends wird oder vielmehr nachts, denn die Leute auf dem Gute Christinefeld bei Flug, Mecklenburg-Schwerin, wissen davon ein Liedchen zu singen.

Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt in der Getreidernte im Aiford bei den Landberger Schnittern zirka täglich 16 Arbeitsstunden. Wer etwa an dieser Sache zweifelt, möge nur nach den fünf Gütern des Herrn von Sch. in der Erntezeit, nach Sallentia, Ruzheria, Jerschof, Schwandenthal und Klammen hingehen, dort kann man sich zu der angegebenen Zeit täglich davon überzeugen. Die Güter liegen im Kreis Pyritz (Pommern). An getrennte Schlafräume ist gar nicht zu denken; besonders in Pommern. Der Schlafraum ist auf dem Gutsboden, Männer, Frauen, Jungen und Mädchen, alles bunt durcheinander. In der Bohnung sind die Leute so zusammengepackt, wenn sie alle darin sind, so sieht oder steht einer neben dem anderen. Aber nicht allein in Pommern, sondern gar nicht weit von unserer Reichshauptstadt, ich meine, auf dem Gute Pöbbe bei Löwenberg i. d. Mark. Ganz erbärmliche Schnitterwohnungen, getrennte Schlafräume gibt es nicht.

Schreiber dieses ist schon 15 Jahre auf Auenarbeit gewesen, aber noch niemals habe ich getrennte Schlafräume an-

getroffen. Ich möchte noch auf einen schweren Uebelstand auf den Schichten hinweisen, denn hässliche Schnitter sind in keiner Krankenkasse; da es ja oft genug vorkommt, daß Schnitter krank werden, infolge der langen und schweren Arbeitszeit, die Hitze auch nicht zu vergessen, so kostet es beim nächstgelegenen Arzt in Dölling 5 bis 7 Mk., je nach der Entfernung; läßt man sich einen Arzt aus Starzard (Pommern) kommen, so kostet das einmalige Geschehen 10 Mk. Krankenscheine gibt es auch nicht. Es sind auf diesen Schichten 30 Schnitter, es können vielleicht ein paar mehr oder weniger sein. Bemerkenswert ist noch, daß es mit dem Verdienst auf diesen Schichten so leidlich geht, denn es sind noch welche von den besten Schnitterstellen.

Zwei Drittel sämtlicher Schnitter, die auf Außenarbeit gehen, sind in keiner Krankenkasse. Zwei Drittel sämtlicher Schnitter haben keine getrennten Schlafkammern. Auf vielen Stellen findet man noch, daß die Schnitterwohnung nicht heizbar ist. An Sonntagsruhe ist auch nicht zu denken, am Sonntag müssen die Leute nach der Stadt gehen, um für die Woche Waren einzukaufen, die Frauen müssen Wäsche waschen und Sachen ausbleichen, die Männer müssen Holz zerhacken. Die Hitze und Mühsal der Schnitter ist größtenteils auf Fahrpreiserhöhung (Gehaltssteigerung) festgelegt, dabei ist zu bedenken, daß wenn die letzte Wagenklasse nicht ausreicht, in der Regel die Bahnverwaltung Viehwagen requiriert, sehr oft sind in letztgenannten Wagen keine Bänke. Bei solcher Ermüdungsfahrt dauert die Fahrt immer einen Tag länger. Die Leute sind sehr oft zwei bis drei Tage und Nächte unterwegs, oft in höchster Enge in überfüllten Viehwagen untergebracht, es gehört schon eine handfeste Natur dazu, solches zu überleben. Gleichzeitig möchte ich noch auf die grobe Behandlung hinweisen, die sehr oft von den Bahnbeamten an den Schnittern ausgeübt wird. An den Arbeitern können sie es ja wagen. Die größte Schinderei beginnt erst im Herbst beim Annehmen der Zuckerrüben, von morgens früh, wenn der Tag graut, bis abends, wenn es finstet ist. Ist es gerade die Zeit, daß Mondchein ist, so wird es auch oft acht, neun und zehn Uhr abends. Es ist schon der Fall vor etlichen Jahren passiert, daß der Gutsherr, welcher ausgefahren war und nachts 12 Uhr an seinem Nebenader vorbei nach Hause fuhr, Gestalten auf dem Felde wahrnimmt, läßt den Kutscher halten; derselbe muß hingehen, um die Diebe zu verschrecken. Als er näher herankommt, da sieht er dann, was für Leute es sind, es sind nämlich seine Herrn Schnitter, Arbeiter, welche noch nachts 12 Uhr arbeiten. Gleichzeitig möchte ich noch auf die russisch-polnischen Schnitter hinweisen, an diesen höchsten Stellen hat sich schon mancher Gutsbesitzer gehörig die Nase verbrannt, verstehen von der Arbeit wenig, ungeachtet und unbedacht bei der Arbeit, denn zu mir sagte im Jahre 1894 ein Mecklenburger Edelmann und Großgrundbesitzer: Die Landsberger Schnitter sind ja teuer, liefern aber auch gute Arbeit. Solche Besitzer und Pächter, die gewöhnt sind, im Wintermonat zu sprechen, haben auch in der Regel Russen, denn Landsberger Leute halten sich bei diesen Herren nicht lange auf. Ein Rittergutsbesitzer in der Nähe von Friedland in Mecklenburg sagte vor mehreren Jahren zu seinem Vorknitter: Ich will keine Landsberger Schnitter mehr haben, die sind mir zu klug. Derselbe hat von dieser Zeit an Westpreußen.

So der Brief! Koalitionsrecht, durch dieses Verkürzung der Arbeitszeit und bessere Bezahlung und bessere Wohnungen, Wohnungsinspektion und Krankenversicherung, das ist es, was den Bauarbeitern zunächst not tut. In den Kriegsvorjahren werden sie das nicht erhalten, sie müssen sich unserer Organisation anschließen.

Vom sozialen Kampfplatze.

Der Streik auf den Farbenfabriken vorm. Ferd. Bayer in Leverkusen bietet ein ganz eigenartiges Bild. Die Fabriken beschäftigten vor dem Streik 3098 Arbeiter, darunter einige hundert Schlosser, Klempner und Tischler. Unter den Schlossern und Klempnern gäbe es seit einiger Zeit. In Fabrik-Versammlungen wurde lebhaft Klage über verschiedene Uebelstände geführt, Uebelstände, die aus dem Wesen der Fabrikordnung und deren rigoroser Handhabung durch die Meister resultierten. Der Betrieb ist seiner ganzen Natur nach zu denen zu zählen, in welchen die Arbeit mit sanitären Nachteilen für die Arbeiter verknüpft ist. Für sie gilt daher die Regel jenes alten Landmannes: „Halte das Hinterspüßchen offen, dann brauchst du nicht zum Doktor zu laufen“, in ganz besonderem Maße. Eine ganze Anzahl Arbeiter ist allerdings der Gefahr ausgelegt, daß sie durch das Pantieren mit den verschiedenen Stoffen, welche giftig, Darm-erkrankungen ausgefetzt sind, die sich in besonders heftigem Durchfall äußern. Trotz alledem gaben die Abortverhältnisse zu Klagen Anlaß. Für 250 Arbeiter sind 8 Aborte vorhanden. Wer nun dahin will, wohin jeder Sterbliche muß, und bei Darm-erkrankungen sogar öfters hin muß, der darf erst sagen: „Bitte, anstreten zu dürfen.“ Spottwörter sagen daher: „Auf der großen Fabrik muß jeder ... gemeldet werden.“ Jedenfalls deshalb, damit man recht oft die Arbeiter ermahnen kann, ihre Bedürfnisse den Betriebsverhältnissen, das heißt den Arbeitspausen, anzupassen. Kürzlich hatte eine Arbeiterin den Vorkarbeiter ihrer Abteilung gebeten, anstreten zu dürfen. Dieses wurde ihr verweigert. Die Arbeiterin brach kurze Zeit darauf ohnmächtig zusammen und liegt jetzt krank darnieder. Man bedenke, daß eine Arbeiterin dem Vorkarbeiter erst sagen muß, sie wolle anstreten! Ahnt man gar nicht, wohin das führt? Nun, die Arbeiterinnen werden aus Schamgefühl überhaupt nichts sagen und zum Schaden ihrer Gesundheit die Hausen abwarten. Auch die Bezahlung ist mies, sowohl für unsere Kollegen, wie auch für die gelernten Handwerker. Es ist ermittelt, daß angelernte Schlosser 15-16 Pf. Stundenlohn erhalten haben, im Alter von 20 Jahren erhalten sie 2,50 Mk. Tagelohn, ältere Arbeiter verdienen 3-3,20 Mk. Tagelohn. In den vorstehend angeführten Punkten sollte Milderung geschaffen werden. Also Besserung der Akkordverhältnisse und Besserung der Bezahlung. Es wurde beschlossen, bei dem Leiter des Betriebes, dem Direktor Herrn Professor Duisberg, die Forderung durch eine Kommission unterbreiten zu lassen.

Der Herr Professor wußte nichts von Mißständen auf dem seiner Leitung unterstellten Riesenbetriebe! Gewiß ist es neben dem Fleiß der Arbeitsbienen auch in etwas der Umzicht des Betriebsleiters zu danken, wenn die Fabrik im letzten Jahre 6 027 374 Mark Dividende

verteilt und der Reservecfonds auf 3 540 000 Mark erhöht werden konnte. Daß bei einem solchen Gewinn die Ueberweisung von 200 000 Mark für Wohlfahrts-einrichtungen nicht geeignet ist, alle Klagen der Arbeiter zu beheben, darf auch ein Professor wissen. Er in erster Linie sollte Klagen der Arbeiter nicht mit Entlassungen beantworten, sondern den Klagen nachgehen, und da naturgemäß die Arbeiter dem Betriebsleiter wie allen Vorgesetzten gegenüber zurückhaltend sind, das beachten, was von den Vertretern der Organisation über die Fabrikzustände zu sagen ist. Statt dessen beliebte der Herr Professor zu detrieren: „Wer von unseren Arbeitern übrigens unzufrieden mit uns und den bei uns eingeführten Einrichtungen ist, möge so schnell wie möglich gehen und sich anderswo Arbeit suchen. Wir sind nicht geneigt und gewillt, unzufriedene Elemente bei uns zu dulden und werden daher in den nächsten Tagen jedem Schlosser u. Gelegentlich geben, sich darüber zu äußern, ob er bleiben oder gehen will.“ Am Freitag, den 22. Juli, meldeten sich die Minister v. Rheinbaben und v. Hammerstein zur Befichtigung der Farbenfabriken an. Dieser Tag erhielt für die Arbeiter eine besondere Bedeutung dadurch, daß morgens der Vorsitzende und der Schriftführer des Ortsvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter (Hirsch-Dunker) entlassen wurden, weil sie Mißstände in der Werkstattversammlung kritisiert hatten. Das brachte die Erregung auf den Höhepunkt. Es brach der Streik aus. Dabei ereignete sich etwas, was bislang noch bei keinem Streik in solchem Maße beobachtet worden ist. Es legten 1100 Arbeiter, in der Mehrzahl Kollegen von uns, die Arbeit nieder und reisten ab. Einem Bienenschwarm gleich ergoß es sich aus den Fabriktoren, einer Völkermigration gleich der Zug zur Bahn. In einem Schreiben macht nun die Fabrik bekannt, die Zahl der treuen Arbeiter sei 2800. Dieses Kriegsbulletin wissen wir in Anbetracht des Umstandes, daß die Papiere der Fabrik einen ganz rapiden Kurssturz zu verzeichnen hatten, sehr wohl zu würdigen.

Die Direktion hat ihre Arbeitswilligen mit Knütteln ausgetrieben, die sie von der Firma Spies u. Jungermann in Köln bezog. Es sind 300 Stöcke, meist aus gewachsenem Eschenholz mit gebogener Krüde. Die Knüttel wurden den Arbeitswilligen gerabazu aufgedrängt. Die Folge davon sind bereits eine Anzahl von Ausschreitungen der Herren Arbeitswilligen.

So lange die Farbenfabriken normal als Ferd. Bayer u. Komp. sich nicht zur Anerkennung des Koalitionsrechts bequemen, ist Zugang nach Leverkusen bei Wiersdorf im Rheinland fernzuhalten.

Die Aussperrung in Köln dauert unverändert fort. Unternehmerrassismus und Hochmut veranlassen hier, daß die Interessen der Allgemeinheit eine schwere Schädigung erfahren. Ohne Zweifel leidet die Gesamtheit der Gewerbetreibenden darunter, wenn Hunderte erwerbstätiger Menschen zum Feiern verurteilt sind. Das wird sich bald sehr deutlich herausstellen. Wir sind der Meinung, daß es im Interesse der Arbeiter, des Gemeinwessens und auch der Gesamtheit der Gewerbetreibenden läge, wenn durch Verhandlungen der Boden zu einer Verständigung gefunden würde. Wie bekannt ist, haben unsere Kollegen schon einmal den Herrn Bürgermeister, der gleichzeitig Vorsitzender des Gewerbegerichts ist, als Vermittler angerufen. Ohne Erfolg, die Unternehmer lehnten jede Vermittlung ab! Damit haben sie sich auch die Verantwortung aufgewälzt, wenn heute Ruhe und Frieden noch nicht eingezogen ist. Neben der Verantwortung tragen sie aber auch den wirtschaftlichen Schaden! Denn die weniger gut situierten Unternehmer zahlen die Rechnung! Ihre Kundenschaft verliert sich, läuft zu den größeren Betriebseignern, und ihren Verpflichtungen können sie auf die Dauer auch nicht gerecht werden.

Zugang ist außer nach vorstehend genannten Orten fernzuhalten nach Bremen, Briantun, Weiskensfeld, Malente, Mettersen und Estin.

In Linden ist bei der Firma Körtling ein Streik der Subpumper ausgebrochen. Beteiligt sind 53 Mann. Die Ursache ist die Entlassung eines Kollegen, der besonders sein Augenmerk darauf richtete, daß die im letzten Streik gemachten Zugeständnisse keine Einschränkung erfahren sollten. Die Kollegen nahmen an, daß bei ruhiger Sinnahme der Entlassung alle die Entlassung erhalten würden, die energisch für Innehaltung der Abmachungen eintreten würden. Wenn der Betrieb Erzeugnisse nicht bekommt, so wird die Wiedereinstellung des Entlassenen erfolgen müssen und außerdem werden Garantien zu geben sein, daß der Zweck des Streiks vom letzten Frühjahr nicht ausgelöst wird.

Niederlehne. Eine allgemeine Rohabewegung haben wir für die in den hiesigen Sandbergen beschäftigten Kollegen zum günstigen Abschluß gebracht. In den Sandbergen der Firma Lappert kam es zur Arbeitsniederlegung, weil die Kollegen über schlechte Behandlung durch die Aufseher und ungenügenden Verdienst zu klagen hatten. Nach eintägiger Arbeitsniederlegung wurde die Arbeit unter folgenden Bedingungen wieder aufgenommen: Es wird ein Lohn gezahlt für Sandladen pro Lore 30 Pf. (früher 26 Pf.), für Kiesladen pro Lore 35 Pf., früherer Lohn 30 Pf., Stundenlohn 35 Pfennig, gegen 30 Pf. früher. Arbeitszeit 10 Stunden, in dringenden Fällen eine Stunde länger. Der Vertrag wurde abgeschlossen für die Zeit vom 12. Juli 1904 bis zum 1. März 1905. Der Tarif war vier Wochen vor Ablauf gekündigt worden, andernfalls gilt er als auf ein Jahr verlängert.

Die Arbeiter der Firma Weidner beauftragten den 2. Bevollmächtigten der Zahlstelle Niederlehne, einen Tarif auszuarbeiten und der Firma einzusenden. Es wurde derselben folgender Tarif unterbreitet:

Zwischen der Firma G. Weidner hier und den beschäftigten Arbeitern in der Sand- und Kiesgrube zu Niederlehne wird folgender Vertrag festgelegt:

Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit beträgt für alle beschäftigten Arbeiter 10 Stunden. Als Pausen gelten: Frühstück von 8-8 1/2 Uhr, Mittag von 12-1 Uhr, Vesper von 4-4 1/2 Uhr. Ueberstunden sowie Sonntagsarbeit sind zu vermeiden. In dringenden Fällen müssen dieselben jedoch mit Aufschlag bezahlt werden.

Rohnkassa.

Der Stundenlohn beträgt pro Stunde 35 Pf. für Akkord pro Lore Kies 35 Pf. für Sand pro Lore 30 Pf. Ueberstunden für Lohnarbeiter werden mit 25 Prozent, Sonntagsarbeit mit 33 1/2 Prozent vergütet. Ueberstunden sowie Sonntagsarbeit im Akkord werden mit 33 1/2 Prozent Aufschlag bezahlt. Schluß der Arbeitszeit Sonnabends sowie an den Tagen vor Festen 1 Stunde früher, also um 5 Uhr. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Dieser Lohn- und Arbeitsvertrag gilt bis zum 1. Juli 1905. Die Kündigung desselben hat von beiden Seiten vier Wochen vor Ablauf zu geschehen, im anderen Falle gilt der Tarif auf ein Jahr verlängert.

Dieser Vertrag wurde von den Deputierten und dem 2. Bevollmächtigten der Zahlstelle unterschrieben und der Firma Weidner unterbreitet, die sich auch sofort bereit erklärte, den Vertrag anzuerkennen und durch ihre Unterschrift anerkannte.

Der frühere Stundenlohn betrug 32 Pf., der Akkordlohn für Sand 28 Pf.; die Arbeitszeit war unbestimmt.

Da die Arbeiter der Vereinigten Berliner Märlwerke von den Lohnerhöhungen der Firmen Weidner und Labbert Kenntnis erhielten, stellten die Arbeiter von der Sandgrube II, welche unter der Aufsicht des Herrn Inspektors Pätel steht, den Antrag auf eine Lohnerhöhung, und zwar verlangten dieselben Akkord- und Stundenlohn, wie er von den beiden anderen Firmen bezahlt wird. Da aber Herr Inspektor Pätel die Forderung rundweg ablehnte und noch dazu 3 Mann entließ, weil sie am Sonnabend nach 8 Uhr abends keinen Standzug mehr geladen hatten, so legten sämtliche Arbeiter am Montag, den 18. Juli, nachmittags 4 Uhr die Arbeit nieder und verlangten ihre Papiere.

Der zweite Bevollmächtigte, Kollege Rindfuß, ging in den Berg und redete den Kollegen zu, sie sollten zunächst weiter arbeiten. Herr Inspektor Pätel verwies ihm den Berg. Der Kollege folgte der Aufforderung und mit der Wiederaufnahme der Arbeit war es nun vorbei. Das entschlossene Vorgehen veranlaßte den Herrn Oberinspektor Zeidler, zu verhandeln, und zwar gleich über die Arbeitsbedingungen der Kollegen für alle vier Sandberge, ungefähr 300 Mann. Die Verhandlungen verliefen gut, und wurde die Arbeit folgenden Tags wieder zu diesen Bedingungen aufgenommen:

Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit beträgt für alle Arbeiter 10 Stunden. Ueberstunden sowie Sonntagsarbeit sind zu vermeiden. In dringenden Fällen sind solche unter Zahlung eines Aufschlages zu machen.

Rohnkassa.

1. Der Stundenlohn beträgt pro Stunde 35 Pf.
2. Für Akkord pro Lore Sand 28 Pf.
3. Für Lore Kies 35 Pf.
4. Ueberstunden für Lohnarbeiter werden mit 25 Prozent, Sonntagsarbeit mit 33 1/2 Prozent vergütet. Beendigung der Arbeit am Sonnabend und vor den Festtagen um 5 Uhr. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Allgemeine Bestimmungen.

Betriebsverbesserungen müssen angestrebt und vorherrschende Mißstände beseitigt werden. Dieser Lohn- und Arbeitsvertrag gilt bis zum 1. Juli 1905. Die Kündigung hat beiderseits 4 Wochen vorher zu geschehen. Erfolgt Kündigung nicht, so gilt der Vertrag auf ein Jahr verlängert.

Der Vertrag wurde für die Direktion von Herrn Oberinspektor Zeidler gegengezeichnet. Für den Verband zeichneten die Kollegen Bennenwik und Rindfuß.

Diese Erfolge sollen uns und möchten unsere Kollegen anderorts ein Sporn sein zur ferneren agitatorischen und organisatorischen Arbeit.

Die Bauarbeiteraussperrung in Maintal hat, wie aus Frankfurt a. M. berichtet wird, am Sonnabend mit einem Erfolg der Arbeiter geendet. Diese erreichten einen Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit. Der Lohn soll während der Dauer des abgeschlossenen Tarifes allmählich bis auf 54 Pfennige pro Stunde steigen. Der abgeschlossene Tarif gilt bis zum März 1905.

Die Aussperrung der Maurer und Bauarbeiter in Weiskensfeld dauert bereits 14 Wochen und noch immer nicht ist ihr Ende abzusehen. Es sind zu wiederholten Malen von Arbeitern Verhandlungen angedacht worden, aber von Seiten der Unternehmer ist solches stets vereitelt worden. Das erste Mal fungierte der 1. Bürgermeister Schladeh als Vermittlungsperson. Die erste Verhandlung schlug fehl, und so wie die erste ging's auch diese Woche. Weil der Kampf bereits 13 Wochen gedauert hatte, waren die Maurer und Bauarbeiter gewillt, zu den Bedingungen, die im Frühjahr mit den Unternehmern abgeschlossen waren, wieder anzufangen und wollten alle weiteren Lohnforderungen aufheben. Aber die Unternehmer beschloßen in ihrer Versammlung, nicht mehr die vereinbarten Bedingungen zu gewähren, sondern jedem Maurer wie Bauarbeiter, 2 Pf. pro Stunde weniger zu zahlen. Dieses Angebot wurde von der organisierten Arbeiterschaft, die in der Aussperrung mit begriffen ist, energisch zurückgewiesen und beschloßen, zu solchen Bedingungen nicht anzufangen. Man sieht also hier, daß es den Unternehmern nicht um die

Kohnzulage zu tun ist, vielmehr handelt es sich um die Sprengung der Organisation. Sie wollen Herr im Hause sein und die Arbeiter sollen sich ihrem Willen fügen.

In Schenck sind bei der Firma Gundling 27 Kürschnergehülfen und 18 Arbeiterinnen ausständig.

München. Der Scharfmacherverband hatte für Sonnabend, den 6. August, eine allgemeine Aussperrung der Bauarbeiter in Aussicht gestellt. Der Herr Gewerkschaftsrat Dr. Preiner hat bei Befreiung des Planes sofort unter Anwendung des § 65 des Gewerbe-Gesetzes die maßgebenden Personen des Arbeitgeberverbandes und der beteiligten Arbeiterorganisationen zwecks Herbeiführung einer Einigung vor das Einigungsamt geladen. Nach zweieinhalbstündiger Beratung wurden für die Dauer der diesjährigen Bauperiode zwischen dem Arbeitgeberverband für München und Umgebung einerseits und dem Zentralverband der Maurer und dem Verbande der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands (Zahlstelle München) andererseits folgende provisorische Vereinbarungen getroffen:

1. Maurer, die in Stande sind, im Kolonnenbetrieb pro Tag zwei Kubikmeter gewöhnliches Mauerwerk fachgemäß herzustellen, erhalten einen Stundenlohn von 50 Pf.; bei geringeren Leistungen ist ein entsprechend geringerer Lohn zu vereinbaren.

2. Der Lohn für vollwertige männliche Bautageelöhner über 18 Jahre (z. B. Erdarbeiter, Stein- und Mörkelträger) beträgt pro Stunde 36 Pf.; für ungeübte, schwächliche, ältere und invalide Personen ist ein entsprechend geringerer Lohn zu vereinbaren.

3. Durch die vorstehende Vereinbarung darf keinerlei Verschlechterung der bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten.

4. Vorstehender Tarif hat so lange Gültigkeit, bis ein neuer Tarif, der im Laufe dieses Jahres noch ausgearbeitet ist, in Kraft tritt.

Die in Betracht kommenden Mitgliedschaften gaben ihre Zustimmung. Für unsere im Baufache tätigen Kollegen bedeutet der Tarif eine wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Begnadigung eines Löblauer Verurteilten. Wieder haben sich aus Anlaß des Geburtstags des sächsischen Königs einem Verurteilten aus jenem Prozeß die Pforten des Kerkers geöffnet. Es ist der Bauarbeiter Schneider, welcher vor 9 Jahren, von denen er jetzt 5 1/2 Jahre abgehüßt, verurteilt. Als letzter der von jenem fürchtbaren Urteil Betroffenen sitzt nur noch der damals zur höchsten Strafe verurteilte Bauarbeiter Zwahr im Zuchthaus zu Waldheim. Er wird also noch länger die Härte jenes Urteils durchkosten müssen.

Von der Agitation.

Im Auftrage der Zeitung vom Gau 3 fanden öffentliche Volksversammlungen zwecks Gewinnung von Mitgliedern für den Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands in folgenden Orten statt: Schönebeck, Neuhaldensleben, Gündelsburg, Staffurth, Fernersleben, Osterwied, Halberstadt, Langermünde, Westerbüßen, Burg- und Diesdorf. Kollegin Köhler-Dresden referierte in allen Versammlungen über das Thema: „Der Scharfmacher Zukunftsstaat und die Arbeiterorganisationen.“

Der Versammlungsbesuch litt ziemlich unter der tropischen Hitze, die zurzeit herrscht und die Menschen schlapp und versammlungsunlustig machte; doch immerhin ist der Erfolg dieser Tour nicht zu unterschätzen. Neue Mitglieder sind dem Verbands gewonnen und den älteren Mitgliedern ist aufs neue ihre Pflicht, unermüdet für unseren Verband tätig zu sein, um die Mißstände aller Art, die die Arbeiter bedrücken, zu beseitigen, sowie den Machinationen der Gegner gewappnet entgegenzutreten zu können, vor Augen geführt worden.

Ungünstige Löhne, worunter die Arbeiter und Arbeiterinnen ähnen und stöhnen, sind auch in der Provinz Sachsen vorherrschend — niedrige Löhne und lange Arbeitsfron, unter beiden leiden ganz besonders die ländlichen Arbeiter dieses Distrikts.

Sehr viel praktischer und unermüdetlicher Arbeit wird es auch hier noch bedürfen, um aus der großen Schar der Gleichgültigen und Kleinläubigen zielbewußte Kämpfer und Streiter für den Emanzipationskampf der arbeitenden Klasse zu erziehen.

Darum vorwärts, ist der Boden auch noch so hart, endlich gelingt es doch, den Samen der modernen Arbeiterbewegung zu herrlicher Frucht reifen zu lassen.

W. Köhler.

Korrespondenzen.

Altena. In der Mitgliederversammlung am 27. Juli wurde die 3. Sitzung vom dritten Quartal vorgelegt. Dem zweiten Quartal schiedlich wurde Beschlüsse erteilt. Nachdem es auf den zweiten Bericht hingewiesen hatte, gab S. hierzu den Sachverhalt bekannt. Ferner wurde bekannt gegeben, daß einige Geschäftsleute, nachdem sie ihr Versprechen und ihre Unterstützung gegeben, nur bagatelhaftes hier zu führen, uns hinterzogen haben. Also ist hier die größtmögliche Vorsicht am Platze. Nachdem eine Auseinandersetzung über die Stellung zu diesem Streit stattgefunden hatte, wurde der Sachverhalt über die Stellung zu diesem Streit bekannt gegeben, ob die Arbeiter und Gehilfen als gemeinschaftlich organisiert anerkannt werden können. Eine Resolution, den Bauarbeitervereinen unsere Sympathie auszusprechen und für ihre Unterstützung des Wohls Sorge zu tragen, wurde einstimmig angenommen. Acht Kollegen wurden gewählt, um an der Agitation für den Wohlfühl teilzunehmen; um zur gegebenen Zeit die Agitation unter den Fabrikarbeitern zu betreiben, wurden drei Kollegen gewählt. Ein Antrag des Bevollmächtigten, ein Schied mit unserer Firma anzustellen und

dieses zur Kennzeichnung des Verkehrslokales an demselben anbringen zu lassen, wurde angenommen. Gültigkeitsfrist wurden drei neu gewählt. Der Vorstand wurde beauftragt, bei den hiesigen Kollegen Unterstützung zu verlangen über den eingetragenen Arbeitsnachweis.

Demmin. Am Sonntag, den 31. Juli, tagte hier eine öffentliche Fabrikarbeiterversammlung, zu welcher aus Stralsund die Genossen Benzen und Freyer erschienen waren. Wenn zwar der Besuch der Versammlung bei der Wichtigkeit der Tagesordnung: Gründung einer Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes, noch zu wünschen übrig ließ, so waren immerhin doch annähernd 100 Mann erschienen. Genosse Benzen führte in einständiger Rede den Anwesenden den Nutzen und die Notwendigkeit einer modernen Arbeiterorganisation vor Augen, er kritisierte vor allem, daß der hiesige Tisch-Dundersche sogen. Arbeiterverein trotz seines bereits sechsjährigen Bestehens, und trotzdem derselbe rund 260 Mitglieder zählt, für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht das geringste unternommen hat und nach den Erfahrungen an anderen Orten auch hier in dieser Hinsicht nichts zu erwarten sei. Wiederholte Male lobte den Redner am Schlusse seiner Ausführungen. Schon während des Vortrages betandete ein großer Teil der Anwesenden, daß der Alkohol bei ihren Versammlungen eine wichtige Rolle spielt, als die Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Lage. Insbesondere machte sich diese Alkoholwirkung auch in der folgenden Diskussion bemerkbar. Wahre Rärmereien, zu welchen die anwesenden Dirsche durch ihre von den Führern zum besten gegebenen Ansichten ihr gut Teil beitrugen, machten jegliche ruhige Verhandlung unmöglich. Welche sonstigen Ansichten zum Vorschein kamen, möge man nach der von einem Redner aufgestellten Behauptung, daß die Arbeiter nur ihre Lage verbessern könnten durch Verbände, in denen Arbeitgeber und Arbeiter organisiert wären, selbst beurteilen. — Wenn den Dirschen für diesmal auch das Behalten der Gründung einer Zahlstelle gegliedert ist, so hoffen wir doch, daß auch bald Demmin in die Reihe der pommerischen Städte mit moderner Arbeiterorganisation treten wird.

Fürth i. B. In einer leidlich gut besuchten Versammlung vom 7. August berietete Kollege Hornreiner die Mitglieder auf die dringlichste Einführung der Arbeitslosenunterstützung vor. Beifälliger Besuch lobte den Redner für sein treffliches Referat. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute im Saalbau“ tagende Versammlung erklärt sich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung einverstanden. Von den Angehörigen der Verbände, welche die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, ausgehend, betrachtet die Versammlung dieselbe als ein wirksames Bindemittel, den Mitgliederwechsel einzudämmen und die Kollegen zu pünktlichen Zahlern zu erziehen.“ Im weiteren Laufe der Verhandlungen wurde, da der bisherige Gültigkeitsfrist sein Amt niedergelegt hatte, die Kollegin Bender gewählt. Auch wurde getadelt, daß ein früherer Kollege, nachdem er sich vom Verbands Rechtschutz gewähren ließ, aus demselben austrat.

Halle a. S. Der Handelskammerbericht berichtet über Ziegeleibetriebe: Die allgemeine Lage der Ziegeleifabrikation war im Berichtsjahre keineswegs befriedigend. Zwar hat sich der Absatz im allgemeinen auf der Höhe des Vorjahres gehalten, doch konnten die großen Betriebe, welche die Ziegeleien zu Anfang des Jahres 1903 durchweg aufwiesen, nur nach und nach zu wesentlich billigeren Preisen nach den seitherigen Verkaufsgebieten abgesetzt werden. Erst im dritten und vierten Quartal wurden die Verkäufe stärker. Der Absatz im einzelnen wurde im wesentlichen von der lokalen Bauaktivität beeinflusst. In Halle, wo bei Beginn des Jahres die Bauaktivität noch nicht sonderlich reger war, stieg das Geschäft bis zum Spätsommer, erst im Herbst, veranlaßt durch Bornahme größerer Privatbauten in der Altstadt, trat eine Besserung ein. Auch fehlte es nicht an auswärtiger Konkurrenz, die den geringen Bedarf decken half, so daß die Ziegeleien in der Umgegend von Halle Mitte des Sommers recht betrübt in die Zukunft sahen. Dank der in den Berichten oftmals lobend erwähnten Ziegeleikonvention wurden aber die Preise gehalten. An besseren Waren, wie Rohbau- und Verblendebleinen war trotz der scharfen Konkurrenz von außerhalb verschiedentlich Mangel, was darin seinen Grund hatte, daß infolge des Ueberflusses in den Vorjahren im vergangenen Jahre eine Einschränkung der Produktion vorgenommen wurde. In den südlich von Halle belegenen Gegenden und weiterhin war der Geschäftsgang der Ziegeleien erheblich besser. Die meisten konnten wohl mit normalen Vorräten in das neue Jahr gehen, was seit langem nicht der Fall gewesen ist. Auch im laufenden Jahre sind die Aussichten noch günstig, da genügende Aufträge vorliegen. Den Betrieben in der Bitterfelder Gegend gelang es, außer der laufenden Produktion noch einen großen Teil der aus dem Vorjahre übernommenen Vorräte abzusetzen, so daß der Inventarbestand am Schlusse des Geschäftsjahres wieder ein normaler war. Die Ziegeleibetriebe waren jedoch in der Lage, auch bei starker Nachfrage im Frühjahr des laufenden Jahres den Bedarf decken zu können. Leider erstreckte sich der flotte Umsatz der Ziegeleien nicht auf die lohnenderen Erzeugnisse, sondern beschränkte sich im wesentlichen auf den Verkauf von Klinkern, in möglichem Umfange auf den von porzellanartigen Steinen und Radialsteinen für Dampfmaschine. Von Dachziegeln fanden Dächerwände in naturroter Farbe den meisten Absatz auch dem Lande, rote und glasierte Falzriegel begehrten regerer Nachfrage bei städtischen Bauten. Die Preise waren infolge der starken Konkurrenz sehr gedrückt, da viele Ziegeleien sich der Dachziegelfabrikation zugewandt haben und zeitweilig zu kaum lohnenden Preisen verkaufen. Außerdem ist nach wie vor der Verbrauch von Zementfalzriegeln fortgesetzt sehr stark. Von den Arbeiterverhältnissen wird gesagt, es seien darin keine Veränderungen eingetreten. In der Bitterfelder Gegend hat sich zeitweise hier und da ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar gemacht, für den immer Ersatz gefunden worden. Die Löhne seien im großen und ganzen auf gleicher Höhe wie im Vorjahre geblieben; Entlassungen von Arbeitern haben nicht stattgefunden, umgekehrt sei nirgends mit Ueberstunden gearbeitet worden.

Hannover. Die Bauarbeiteraussperrung in Hesse zieht immer weitere Kreise. Die Maurermeister Darmstadt schlossen mit den Ziegeleibesitzern einen Vertrag, daß den Bauunternehmern, die nicht aussperrten, keine Steine mehr geliefert werden sollen. Die Zementfabrikanten und Ziegeleibesitzer kommen dieser Forderung auch nach. Der Fabrikant Arnold entließ eine Anzahl Steinmacher mit der Begründung: Wenn ich keine Steine liefern kann, brauche ich auch keine Steine zu machen. Diese Entlassungen sind direkt auf den Aussperrungsvertrag zurück zu führen. Die Kollegen sehen an diesem Vorkommnis, wie notwendig die Organisation ist. Waren unsere in Zementfabriken und in Ziegeleien beschäftigten Kollegen besser organisiert, dann könnten wir uns für die Folge für die nachteiligen Folgen der Aussperrung schädlos halten, indem wir eine entsprechende Lohnforderung stellen könnten. Der Gleichgültigkeit der Arbeiter danken wir es, daß wir das nicht können und sogar noch die Folgen eines außerordentlichen Lohnrückganges in den Kauf nehmen müssen. Die unorganisierten Bauarbeiter bieten sich jetzt scharenweise den Fabrikanten zu billiger Arbeitsleistung an. Die Folgen davon sind Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für uns. Immer verlangt man Solidarität, man wende sie in diesem Falle auch selbst an, und das Ueberlaufen der Fabrikanten unterlassen.

Hannover. Die hiesige Paderfabrik machte einen Uebertrag von 22 000 Mk. im verflochtenen Geschäftsjahre. Nebenbei wurden Abschreibungen in Höhe von 33 830 Mk. vorgenommen. Der Uebertrag findet folgende Verwendung: 1500 Mk. Löhne an Vorstand und Direktor und 28 000 Mk. Dividende. Die

Prioritätsaktien in Höhe von 330 000 Mk. erhalten 5 Prozent und 3 Prozent wurden auf 400 000 Mk. Aktienaktien gewährt. Dem wollen wir einmal gegenüberstellen, wie es mit der Lage der Arbeiter beschaffen ist. Viele Arbeiter arbeiten von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends bei unzureichender Bezahlung. Aber noch schlimmer ist die Bezahlung im Winter. Die Arbeitszeit dauert da von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, da gibt es einen Lohn von 80 Pf.! — Die Aktionäre haben es also besser.

Singen. Zum 31. Juli hatten wir eine öffentliche Volksversammlung einberufen, in welcher unser Gauvorstand, Kollege Wörner, über das Thema: „Antike und moderne Sklaverei“ referierte. So gut die Versammlung von der organisierten Arbeiterschaft besucht war, so ließ doch der Besuch von Seiten der Indifferenten viel zu wünschen übrig, während gerade das Thema sehr geeignet war, den interessierten, gleichgültigen Sklaven unserer einheimischen Industrie die Augen zu öffnen. Die Ausführungen des Referenten riefen einen wahren Beifallssturm hervor. Zum Schluß wurden 8 Aufnahmen vollzogen.

Waldhof. Sonntag, den 31. Juli, tagte im Lokale des Kollegen Gardt unsere Mitglieder-Versammlung. Zunächst gab Kollege Fritzsche Bericht über die Quartalsabrechnung. Der Mitgliederbestand beträgt am Schlusse des Quartals 24. Unter Punkt Verschiedenes gelangte ein Antrag des Kollegen Peise: „Mitgliedern, die nicht unterstützungsberechtigt sind, 50 Pf. Lokalgeschenk zu gewähren“, einstimmig zur Annahme. Anlaß zu lauter Kritik gab das interesselose Verhalten verschiedener Kollegen, die überall zu treffen sind, nur nicht in den Versammlungen. Was diese dann in Punkte Agitation leisten, kann man sich denken. Beschämend ist es, wenn man die Mitgliederzahl in Verhältnis zur hiesigen Industriebevölkerung bringt. Darum auf zu eifriger Agitation für unseren Verband, um auch unsere Zahlstelle lebenskräftiger zu gestalten. Stoff findet sich genug in den traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen am hiesigen Orte.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 3. August folgende Beträge ein:

Bangenfelde 300,11. Bregenheim 99,20. Eschershausen 95,98. Wolfenbüttel 48,54. Bürgel 72,45. Wiesdorf 226,75. Brandis 148,87. Anklam 164,42. Helmstedt 76,18. Rempten 75,15. Glaucha 68,78. Jönitz 47,40. Bietigheim 35,15. Kabischell 15,30. Seelze 92,10. Göljen 91,90. Eisen-Weiß 27,85. Sonneberg 20,70. Rehre 17,40. Arnsdorf 12,15. Köhlin 30,—. Halle-Süd 5,75. Garburg, Martens fr. f. Streit 20,—. Hamburg 11, fr. f. Streit 490,50. Coswig, Anh. 177,05. Bismarck 70,10. Oberursel 31,95. Cannstatt 371,75. Masag 142,47. Halberstadt 284,50. Berlin 1517,30. Barb 6,95. Jorlt i. S. 36,22. Kassel 140,87. Wevelsberg 13,30. Schwedt 65,95. Friedr. Schick 27,60. Röhneburg 91,05. Biederhagen 7,06. Adargartach 20,55. Konstanz 48,93. Glaucha 30,—. Dortmund 13,45. Seligenstadt 13,20. Lambach 26,70. Kesseltal a. b. S. 25,77. Schornborf 11,90. Stolzenhagen 39,95. Al.-Krognburg 25,30. Preeh 120,28. Penig 50,65. Thale 18,64. Duedlinburg 15,70. Freising 14,25. Herzberg 46,15. Caputh 82,70. Wülfel 84,—.

Schluss: Dienstag, den 16. August, mittags 12 Uhr.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher. S. II. 42 307, ausgestellt auf den Namen Gust. Dorig am 14. Juli 1898 in Weisenfels.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Apenrade. Franz Haupt, Weststraße 12.
Dessau. Gau 4. Vorhänger: Fr. Silz, Schützenstraße 59.
Kasseler: Fr. Paul, Amalienstraße 83.
Effen. Peter Jung, Herulesstraße 4, 3. Et. r.
Friesenheide. Balhazar Fendt, Rutenstraße 16.
Jönitz. Karl Schüller, Sandstraße 1.
Rempten. Jof. Breg, Mittelgasse W. 9.
Röhren. Eduard Houme, Rindstraße 22.
Schwerin a. B. D. Gutschke, Kirchstraße 4.

An die Einzelmitglieder und Zahlstellen des Gau 6.

laut Beschluß der vorjährigen Gaukonferenz findet die diesjährige Gaukonferenz

in Brandis, und zwar am Sonntag, den 9. Oktober 1904, vormittags 1/11 Uhr, im Gasthof zum Parkschloßchen statt.

Tagesordnung:
1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Bericht des Kassierers.
3. Bericht der Delegierten.
4. Anträge.
5. Agitation.
6. Sitz des Gau 6 und Wahl des Ortes der nächsten Konferenz.

Es ist Pflicht aller Verbandsorte, einen Delegierten zu senden. Bemerkte sei, daß die Kosten für die Delegation von den Zahlstellen selbst zu tragen sind. Etwaige Anträge, sowie die Namen der Delegierten sind spätestens bis 28. September an den Gauvorstand einzufenden.

Brandis, Magd., den 1. August 1904.
Ernst Schäfer, Gauvorstand,
Weisenfelsstr. 61, 1. Et.

Inserate.

Zahlstelle Blankenburg a. S.
Sonntag, den 28. August 1904:

Großes Sommervergüßen, bestehend in Konzert, Kinderbelustigung und Ball, im Vereins-Kaffee. Anfang 8 1/2 Uhr. Mitglieder haben 1 Mark Festbeitrag zu zahlen und dafür das Recht, an allen Veranstaltungen teilzunehmen. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet freundlichst Das Komitee. 1,65 Mk.]

Zahlstelle Zehnitz.

Am 28. August wird unser diesjähriges Stiftungsfest abgehalten. Die Kollegen von Uckermark sind hierzu freundlichst eingeladen. 0,90 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Mülheim a. Rhein.

Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt bei Martin Böttger, Reichstraße Nr. 2. Die Mitgliederversammlungen tagen jedes ersten und dritten Sonntag im Monat, morgens 10 1/2 Uhr, bei Witwe Müller, Wallstraße 29. 10,90 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Tegel.

Sonntag, den 28. August, nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Krause, Berlinerstr. 22. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. 1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.